

PRESSEMELDUNG

20. Juli 2022

Unterstützung der DIHK-Forderungen gegen Arbeitskräftemangel

MIT für Mobilisierung aller Kräfte im Inland und für gesteuerte Zuwanderung

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) fordert mehr Anstrengungen von der Bundesregierung, um den gravierenden Arbeitskräftemangel abzumildern. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann sieht im Arbeitskräftemangel einen der größten Dämpfer für Wohlstand und Wachstum in Deutschland: „Aus dem Fachkräftemangel ist längst ein Arbeitskräftemangel geworden. Alle Ressourcen müssen genutzt werden – im In- und Ausland. Ohne Denkverbote.“

Es müsse mehr für die Duale Ausbildung geworben werden. Connemann: „Es muss in Schulen verpflichtend sein, eine Praxiswoche in Handwerks- und Industriebetrieben durchzuführen, um die Schülerinnen und Schüler für diesen Teil der Berufswelt zu begeistern. Deutschland braucht nicht nur Master sondern auch Meister.“

Außerdem setzt sich die MIT für mehr gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland ein. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz seien 2020 zwar die richtigen Weichen gestellt worden. Aber gerade bei Arbeitskräften gäbe es noch viel Potenzial. Nicht zuletzt scheitere die Zuwanderung an der Umsetzung. Bürokratiehürden wie die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen, lange Wartezeiten bei den Behörden und mangelnde Digitalisierung würden es häufig verhindern, dass Unternehmen Arbeitskräfte schnell und effektiv einbinden und binden könnten. MIT-Chefin Connemann sieht die Regierung in der Pflicht: „Die Ampel muss hier behördliche Verfahren beschleunigen, Gleichwertigkeits-Vorschriften praktikabler gestalten, den Spracherwerb im Ausland unterstützen und somit für praxistaugliche Handhabung vor Ort sorgen.“

Auch müsse der Staat aktiver bei der Arbeitskräftegewinnung werden, so Connemann: „Der Staat muss über die Botschaften und die vom ihm mitfinanzierten Goethe-Institute und Auslandsschulen verstärkt junge Menschen mit Deutschkenntnissen für eine Ausbildung in Deutschland anwerben.“

Außerdem müssten die Hartz-IV-Sanktionen wieder in Kraft gesetzt werden. „Wer nicht arbeiten will, obwohl er es kann, muss fühlen“, sagt MIT-Chefin Connemann.

Weitere Forderung der MIT: Die Regierung muss Bürokratie abbauen, statt dauernd die Betriebe mit zusätzlichen Auflagen zu belasten. Connemann. „Wenn bei jedem Mittelständler ein bis zwei Mitarbeiter nur mit Statistikpflichten, Dokumentationszetteln oder Lieferkettennachweisen beschäftigt sind, bindet das Ressourcen, die man besser in Produktion oder Kundendienst stecken könnte. Da kann die Politik sehr schnell sehr konkret helfen, wenn sie die Vorschriften streicht.“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck | Leiter Kommunikation | MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3 | 10117 Berlin | T: 030 220798-17 | struck@mit-bund.de | www.mit-bund.de